

Herbert Kastner

Wohin führt uns diese Landesregierung ?

Es ist in den letzten Monaten unverkennbar geworden, dass ein großer Teil der Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen das Vertrauen in die gegenwärtige Bildungspolitik und die dafür Verantwortlichen an Glaubwürdigkeit verloren haben. Wenn man das in Staat, Politik und in einer Demokratie feststellt, muss man sich fragen, ob die nach wie vor vorhandene Stabilität der Besonnenheit der Bevölkerung schon Resignation ist oder vielleicht nur die Ruhe vor einem Sturm der Entrüstung und des Aufbegehrens sein könnte. Es gibt viel Wut bei den einzelnen Menschen, und es gibt auch ein konkretes Ziel dieser Wut. Ein positiver Ausgang aus der verfahrenen Situation ist aber nur schwer möglich, wenn der Adressat den Empfang von Vorschlägen verweigert und sich gegen alles und alle abschottet, die nicht seiner festen Meinung folgen.

Es wäre wahrscheinlich falsch, hierfür etwa nur einen einzelnen Politiker verantwortlich zu machen, der doch nur ein Glied in der Kette eines Systems ist, das Bildung vor allem vom Nutzen für die Wirtschaft her beurteilt, die Schülerinnen und Schüler als „Humankapital“ sieht und immer noch der Meinung ist, im Sinne eines statischen Bildungsbegriffs Kinder und Jugendliche frühzeitig zu sortieren und in unterschiedliche Bildungsgänge oder Schulformen einweisen zu müssen. Dass das nach Zielen und Strukturen gegliederte Schulsystem dem Ständesystem vergangener Jahrhunderte entspricht, den Anforderungen unserer Zeit nicht mehr gerecht wird und als in Europa fast einmaliges Schulsystem ein Auslaufmodell darstellt, wird von weitsichtigen Politikern und von Wissenschaftlern längst gesehen und ist in mehreren Vergleichsuntersuchungen deutlich geworden. Was lässt sich also tun, die in Niedersachsen Verantwortlichen zum Umdenken zu bringen, um weitere Fehlentwicklungen zu vermeiden und Schule und Bildung auf einen Weg zu bringen, der sowohl dem einzelnen wie auch der Gesellschaft dient? Wie soll sich diese Einstellung zum Umdenken bewegen lassen, wenn Offene Briefe, Unterschriftenlisten, Petitionen, Aktionen und Plakate keinen Erfolg haben? Wenn Demonstrationen, die mehr sind als Aktivitäten mit Reden, Sprüchen und Liedern, die den schwelenden Unmut und die wachsende Ungeduld von Tausenden von Menschen ausdrücken, wenn Tatsachenbefunde und immer wieder vorgebrachte Argumente nichts Entscheidendes bewirken, was bleibt dann? Können wir noch ausdauernd auf ein learning by doing der herrschenden Macht hoffen?

In einer solchen Situation kann Ruhe nicht mehr die erste Bürgerpflicht sein. Es ist, und auch das lehrt uns die Geschichte, immer noch besser gewesen, wenn sich Unruhe im öffentlichen Protest Luft macht, als dass sie so lange gärt, bis sie sich in einer Explosion Luft verschafft. Aber man sollte diese Anzeichen von Unruhe auch ernst nehmen und nicht glauben, mit vagen Versprechungen besonders vor Wahlen den Druck aus dem Kessel nehmen zu können. Aus der Geschichte lernen heißt auch, die Fehler der Vergangenheit erkennen und vermeiden.

Unruhige Zeiten sind gewiss Zeiten, in denen sich die Bürger und Bürgerinnen nicht ruhig und brav verhalten, Befehl nicht Befehl und Dienst nicht einfach Dienst sein lassen; aber wir haben es doch schmerzhaft erfahren, wohin blinder Gehorsam und diese gesellschaftliche und politische Abstinenz geführt haben. Unruhestifter in Zeiten wie diesen, in denen bloße Machtausübung bestimmend wirkt, sind Leute, die nicht akzeptieren können und wollen, dass man in Ruhe so weitermacht wie bisher, dass eine sachlich begründete Weiterentwicklung be- und verhindert wird, dass der Wille von Tausenden unterdrückt oder gänzlich missachtet wird. Sie sind als kritischer Geist ein Elixier für eine lebendige Demokratie. Sie brauchen aber einen langen Atem, viel Energie und Ausdauer, wie ebenfalls Erfahrungen unserer jüngeren Vergangenheit zeigen.

In einer Demokratie, die von der Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger lebt, die auf Glaubwürdigkeit der Regierenden und dem daraus folgenden Vertrauen gründet, kann man sich mit dem Lied „Die Gedanken sind frei“ allein nicht zufrieden geben. Da heißt es auch „ich denke, was ich will und was mich beglückt, doch alles in der Still und wie es sich

schicket“. Das reicht nicht aus, wenn Uneinsichtigkeit und ideologisch fixierte Festlegungen herrschen und demokratische Spielregeln verletzt werden.